



Energie-Control Austria
Abteilung Tarife

Rudolfsplatz 13A
1010 Wien

Wien, am 20.05.2016

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl
Ihre Nachricht vom
Mail vom 15.02.2016

Unsere Geschäftszahl
BMLFUW-UW.1.4.16/0021-
I/2/2016

Sachbearbeiter(in)/Klappe
Jank / 1318

**Konsultationsentwurf vom Februar 2016
zur Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Strombereich;
Stellungnahme des BMLFUW**

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft dankt für die Übermittlung des Konsultationspapiers „Tarife 2.0“, welches eine fundierte Grundlage für die weitere Diskussion über die künftige Netzentgeltstruktur darstellt.

Neben einigen inhaltlichen Anmerkungen (s.u.) wird vorab für den weiteren „Tarife 2.0 - Prozess“ angeregt, neben der Problemorientierung auch verstärkt die Gestaltungsmöglichkeiten zu identifizieren und auszuschöpfen, welche mit der Modernisierung, Regulierung und Tarifierung der Stromnetz-Infrastruktur verbunden sind:

- Eine Reihe von Analysen und Szenarien erwartet für „Elektrizität“ einen zunehmenden Stellenwert im künftigen Energiesystem: neue Anwendungstechnologien, Umstellungen von anderen Endenergieträgern hin zu Strom, die zunehmende Vernetzung und Digitalisierung des Energiesystems sowie eine verstärkte Nachfrage nach elektrizitätsbasierten Dienstleistungen und Technologien sind maßgebliche Treiber für die zu erwartende Entwicklung.



- Aufbringungsseitig betrachtet wird noch deutlich mehr Strom aus erneuerbaren, insbesondere volatilen Energieträgern bereitgestellt werden. Die Gründe dafür liegen in der zunehmenden Wettbewerbsfähigkeit dieser Technologien, in Vorteilen bezüglich Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit sowie in der Notwendigkeit, die Treibhausgas-Emissionen nachhaltig und substantiell zu reduzieren.
- Im vergangenen Dezember hat in Paris die 21. Vertragsparteienkonferenz des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (COP21) stattgefunden. Dabei konnte ein bahnbrechendes Ergebnis für den internationalen Klimaschutz erzielt werden, nämlich ein neuer Weltklimavertrag, in dem sich praktisch alle 196 Vertragsparteien zu individuellen Beiträgen im Kampf gegen den Klimawandel bekennen. Mit dem Pariser Abkommen gibt es nun ein globales, ambitioniertes und rechtsverbindliches Vertragswerk zum Klimaschutz, mit dem der Ausstieg aus fossilen Energieträgern eingeläutet wurde.

Zentrales Ziel ist es, die globale durchschnittliche Erwärmung der Erdatmosphäre deutlich unter 2° Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu halten, wobei die Anstrengungen fortgesetzt werden sollen, den Temperaturanstieg bei 1,5° Celsius zu begrenzen. Ergänzend dazu soll es sobald wie möglich eine Trendwende bei den globalen Treibhausgasemissionen geben, um in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ein Gleichgewicht zwischen Treibhausgasemissionen und Kohlenstoffbindung (z.B. in Wäldern) zu erreichen.

Das ist gleichbedeutend damit, dass nach 2050 Netto-Nullemissionen erreicht werden, also ein umfassender Ausstieg aus fossilen Energieträgern und die „Energiewende“ vollzogen sind.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Frage der Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur auch grundlegende klima- und energiepolitische Verpflichtungen sowie Ziele tangiert und für deren Erreichung von Relevanz ist.

Ergänzende Anmerkungen zu ausgewählten Themen:

1. Netzkostentragung bei Überschusseinspeisung

Die zunehmende Dezentralisierung (und erfreulicher Weise auch Urbanisierung) der Stromerzeugung auf Basis erneuerbarer Energieträger ist wünschens- und begrüßenswert: ohne die Vielzahl an Akteuren, Betreibern und Investoren wäre – sowohl national als auch international betrachtet – die Erfolgsgeschichte im Ökostrombereich nicht geschrieben worden. Zunehmend mehr Konsumentinnen und Konsumenten wollen Geld in eine eigene Erzeugungsanlage oder in eine Beteiligung an Gemeinschaftsanlagen investieren.

Diese Entwicklung ist gleichermaßen Herausforderung und Chance, braucht daher passende Rahmenbedingungen mit Anreizwirkung, um sie nachhaltig zu unterstützen und weiter zu forcieren. Auch die EK sieht in „Prosumer“ wichtige Akteure für die Realisierung der „Energieunion“ - auf die von der EK in dem Zusammenhang beschlossenen Zielsetzungen und Fahrpläne sowie bereits vorgelegten Dokumente sei verwiesen (genannt seien etwa die Vollendung des Energiebinnenmarktes, die Umgestaltung des europäischen Strommarktes (neues Strommarkt-Design) oder die Schaffung neuer Möglichkeiten für die Energieverbraucher). Der Beitrag von „Prosumern“ zum Gelingen der „Energiewende“ ist somit dezidiert erwünscht und wichtig.

Im Lichte dessen ist es durchaus sinnvoll, Themen wie „Überschuss-Einspeiser“ in die Überlegungen zur künftigen Netzentgeltstruktur einfließen zu lassen. Allerdings greifen die Ausführungen im Konsultationspapier zu einer möglichen Kostentragung für Überschuss-Einspeiser aus Sicht des BMLFUW insofern zu kurz, als die Entlastung der Verteilnetze (sowie möglicherweise vermeid- oder zeitlich verschiebbare Netzerweiterungen und Netzverstärkungen) aufgrund dezentraler, räumlich gestreuter, gegebenenfalls fernregelbarer Erzeugungsanlagen weder genauer thematisiert noch quantifiziert (und monetarisiert) wird.

Ohne diese umfassende Betrachtung unter Einbeziehung des Nutzens eines stärker dezentralisierten und erneuerbaren Stromsystems sind belastbare Aussagen nicht möglich. Es wird daher ersucht, diese Gesichtspunkte umfassend in der Analyse zu berücksichtigen.

2. Aufteilung der Kostentragung zwischen Einspeisern und Entnehmern

Seitens des BMLFUW wurde in der Vergangenheit (im Zuge von Stellungnahmen zu Systemnutzungsentgelte-Verordnungsentwürfen) bereits mehrfach die Belastung von Erzeugern mit Netzverlust- und Systemdienstleistungsentgelt kritisch hinterfragt. Wie Darstellungen und Analysen von ENTSO-E zeigen, werden österreichische Stromerzeuger mit Netzgebühren belastet, welche in Nachbarländern nicht zu leisten sind und welche auch nicht auf Stromimporte

eingehoben werden. Damit wird die heimische Erzeugung im Vergleich zu Stromerzeugern im Ausland benachteiligt.

Die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden ACER führt aus, dass in einem zunehmenden gemeinsamen europäischen Energiemarkt unterschiedliche „Erzeuger“-Komponenten eine Marktverzerrung darstellen.

Im vorgelegten Konsultationspapier wird zu dieser wichtigen Frage lediglich angemerkt, dass sich eine Benachteiligung von Einspeisern im internationalen Wettbewerb in Anbetracht komplexer, nicht vergleichbarer Regulierungssysteme sowie anderer relevanter Regelungsbereiche (Steuerrecht etc.) schwer abschätzen lasse.

Aus Sicht des BMLFUW beinhaltet diese Feststellung weder Fakten noch Argumente, warum Erzeuger in Österreich seit Jahren mit Netzkostenkomponenten belastet werden und - laut Vorschlag der E-Control - diese Kostenbelastung auch in der nächsten Regulierungsperiode fortgeschrieben und allenfalls sogar noch ausgeweitet werden soll.

3. Mögliche Anreizwirkung einer neuen Entgeltstrukturierung auf die angebots- und nachfrage- gegenseitige Flexibilisierung

Substantiell für die Verwirklichung eines dezentralen, weitestgehend auf erneuerbaren Energieträgern basierenden Elektrizitätssystems ist ein entsprechendes „Marktdesign“: die Rahmenbedingungen für den Strommarkt sind so zu gestalten, dass Versorgungssicherheit, Leistbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit auch bei sehr hoher Stromerzeugung aus erneuerbaren, im erheblichen Maße volatilen Energieträgern gewährleistet sind.

Das impliziert neben dem Um- und Ausbau der Energieinfrastruktur („intelligente Netze“ und „Dezentralisierung“), dem Einsatz neuer Energiespeicher und der stärkeren Vernetzung mit anderen Stromversorgungssystemen im Zuge der Vervollständigung des europäischen Energiebinnenmarktes v.a. auch eine deutliche Flexibilisierung auf Seiten der Erzeuger und Verbraucher, um die verbleibende Residuallast reduzieren, glätten und möglichst flexibel decken zu können.

Faktum ist, dass eine breite Palette an Optionen zur Flexibilitätserhöhung im Elektrizitätssystem existiert, die in Zukunft verstärkt untereinander im Wettbewerb stehen sollten (und eine Zeit wohl auch mit konventionellen Kraftwerken). Einige dieser möglichen Optionen sind der-

zeit noch unwirtschaftlich: was an den aktuellen Marktbedingungen (niedrige Strompreise bzw. Price Spreads), aber auch an den derzeitigen rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen liegt.

Aus Sicht des BMLFUW sollte dem Thema „Flexibilisierung“ mehr Augenmerk im Rahmen von „Tarife 2.0“ geschenkt und entsprechende Analysen durchgeführt bzw. beauftragt werden, um das Potential verschiedener Flexibilitätsoptionen zu erheben und – soweit zielführend – auch mögliche Tarifierungsansätze zur Realisierung dieser Potentiale zu entwickeln.

Um regelmäßige Einbindung in den weiteren Diskussionsprozess darf abschließend ersucht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Bundesminister:

i.A. DI Dr. Wolfgang Jank

Elektronisch gefertigt.